

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan Telefon (075) 232 42 42 Fax Redaktion (075) 232 29 12 Fax Inserate (075) 232 95 46 Amtliches Publikationsorgan 80 Rp.

AKTUELL

Benzinpreis sinkt um einen Rappen

Baar/Zürich/Basel (AP) Die Benzinpreise in der Schweiz sinken um einen Rappen je Liter. Marktleader Shell sowie Esso, Avia und Aral kündigten am Mittwoch eine entsprechende Rücknahme der Andienungspreise an. Als einziger Grund wurden tiefere Importpreise für Rohöl am freien Markt in Rotterdam angegeben. Der Preis für Dieselöl bleibt unverändert.

Nach der sechsten Preisanpassung dieses Jahres liegen die Höchstpreise an den Tankstellen gemäss Shell-Angaben neu bei 1,24 Franken für einen Liter bleifreies Benzin und bei 1,33 Franken für Superbenzin. Der Literpreis für Dieselöl bleibt unverändert auf 1,28 Franken.

Bundesrat präsentiert neue Sparvorschläge

Bern (AP) Der Bundesrat hat am Mittwoch Vorschläge präsentiert, wie das Budget 95 des Bundes um bis zu einer Milliarde Franken verbessert werden könnte. Allein 200 Millionen sollen durch einen Verzicht auf den Teuerungsausgleich bei der AHV eingespart werden. Zur Umsetzung der Ideen sind teilweise dringliche Bundesbeschlüsse nötig, wie Vizekanzler Achille Casanova bekanntgab.

Die Vorschläge des Bundesrates sehen Einsparungen von rund 600 Millionen Franken vor. 100 Millionen Franken sollen beim Verkehr eingespart werden, wobei noch nicht entschieden ist, ob dies zulasten des Strassen- oder des Bahnverkehrs gehen soll.

Jugendkommission für Anti-Rassismuskonzeption

Bern (AP) Die Eidgenössische Kommission für Jugendfragen hat sich für die Annahme der am kommenden 25. September zur Abstimmung gelangenden Anti-Rassismuskonzeption ausgesprochen. Gerade auch Jugendliche seien anfällig für organisierten Rechtsextremismus und offenes rassistisches Verhalten, hält die Kommission in einer Mitteilung vom Mittwoch fest. Da Entscheidungswänge in der Jugend gehäuft aufträten, sei für Jugendliche in dieser Situation das rechts-extreme Angebot mit den einfachen Erklärungen politischer Vorgänge, die vermittelte Gruppenzugehörigkeit und Geborgenheit sowie die klaren Zielsetzungen unter Umständen das ersuchte Angebot.

«Was als Reform bezeichnet wird, ist bereits vollzogen»

Landtag debattierte gestern über den Bericht der Regierung zur Regierungsreform – Noch keine Entscheidung über beantragte Stabstellen

(G.M.) – Der Bericht der Regierung zur Regierungsreform bildete gestern Abend Gegenstand einer relativ langen Diskussion im Landtag. Obwohl das Bemühen der Regierung anerkannt wurde, nach jahrelangen Ankündigungen endlich einen Bericht vorzulegen, der einen ersten Schritt zu einem länger dauernden Reformvorhaben darstellen kann, hielt sich die Begeisterung des Landtags in Grenzen. Der Regierungsbericht wurde schliesslich zur Kenntnis genommen und der Antrag der Regierung zur Umwandlung von zwei provisorischen Sekretariatsstellen in definitive Stellen genehmigt. Zu den beantragten drei Stabstellen forderte der Landtag eine ausführliche Beschreibung des Tätigkeitsfeldes dieser Beamten vor der Bewilligung.

Im Mittelpunkt der Debatte standen die Modelle für die Ausgestaltung des Regierungskollegiums. Der Landtag zeigte sich über die Vorstellungen der Regierung nicht rundweg zufrieden, denn die Regierung hatte nach der Auflistung von sieben Modellvarianten dem

heutigen Modell mit Regierungschef und Regierungschef-Stellvertreter als vollamtliche Regierungsmitglieder sowie drei sogenannten hauptamtlichen Regierungsmitgliedern mit einem Beschäftigungsgrad von 50 bis 80 Prozent eines Vollpensums den Vorzug gegeben. FBP-Fraktions Sprecher Dr. Gabriel Marxer meinte dazu treffend: «Was als Reform bezeichnet wird, ist bereits vollzogen».

In einer Rückschau auf die letztjährige Debatte über die Beschäftigung und die Besoldung der nebenamtlichen Regierungsmitglieder konnten die FBP-Abgeordneten die Feststellung machen, dass ihre damaligen Mutmassungen eingetroffen sind: Mit diesen Entscheidungen wurde ein wesentlicher Teil der Regierungsreform vorentschieden. Die Fakten seien vor einem Jahr geschaffen worden, erklärte der FBP-Abgeordnete Dr. Guido Meier, so dass gemäss Regierungsantrag nur noch die Möglichkeit bestehe, dem jetzigen Modell zuzustimmen oder auf die erste Variante mit der Vollamtlichkeit aller fünf Regierungsmitglieder einzugehen – was die Regierung für die nähere

Zukunft ohnehin als logische Folgerung betrachtet. Als unakzeptabel bezeichnet er ferner die Vorstellung, dass der Beschäftigungsgrad weiterhin flexibel gehalten werde: Entweder brauche man die entsprechende Arbeitskapazität oder eben nicht. Doch auf persönliche Bedürfnisse von Regierungsmitgliedern abzustellen bei der Festlegung des Beschäftigungsgrades erscheine nicht richtig.

Die meisten Abgeordneten vermissten im Regierungsbericht konkrete Angaben zur Regierungsreform, doch anerkannten VU-Abgeordnete, dass es sich um einen ersten Schritt handle, dem im Rahmen einer länger dauernden Reform weitere Schritte folgen müssten. Für den FBP-Abgeordneten Werner Ospelt, der die Debatte eröffnete, umfasst der Begriff der Regierungsreform eine klare Struktur der Ressorts und eine klare Zuordnung von Kompetenzen und Entscheidungsbefugnissen an die einzelnen Regierungsmitglieder. Im Unterschied zu anderen Votanten sprach er sich klar für die Einführung des Departementsystems aus, weil damit der Ressortinhaber

– im Unterschied zum bestehenden System – klar für seine Geschäfte verantwortlich sei. Konkrete Aussagen vermissten die Abgeordneten auch hinsichtlich der beantragten Stabstellen, was letztlich dazu führte, dass die Regierung aufgefordert wurde, vor einer Entscheidung eine genaue Stellenbeschreibung vorzulegen. In diesem Punkt waren sich FBP-Fraktions Sprecher Dr. Gabriel Marxer und VU-Fraktions Sprecher Dr. Peter Wolf einig. Beide erachteten für den Moment diese Frage als nicht entscheidungsreif, obwohl Regierungschef Dr. Mario Frick in seiner Stellungnahme andeutete, dass es sich um Ressortaufgaben handle, die genau definiert seien. In verschiedenen Voten wurden Forderungen nach einer Verwaltungsreform gestellt. Die vorgelegten Massnahmen zur Entlastung der Regierung stellen nach Ansicht des FBP-Abgeordneten Johannes Matt keine Regierungsreform dar, der FL-Abgeordnete Paul Vogt vermisste ein Leitbild der Regierung, aus dem die Schwerpunkte einer Regierungs- und Verwaltungsreform entwickelt werden könnten.

Knappe Zustimmung des Landtags zur Gewichtbesteuerung

Unterschiedliche Auffassungen über Systemänderung – Motion der Fortschrittlichen Bürgerpartei abgeschrieben, Forderungen nicht erfüllt

(G.M.) – Die Besteuerung der Motorfahrzeuge im Fürstentum Liechtenstein erfolgt ab dem 1. Januar 1995 nach dem Gewicht der Fahrzeuge. Der Landtag stimmte am Mittwoch vormittag einer diesbezüglichen Vorlage der Regierung mit 16 gegen 9 Stimmen zu. Die Motion der Fortschrittlichen Bürgerpartei (FBP), die eine fahrleistungsabhängige Besteuerung gefordert hatte, wurde damit abgeschrieben, ohne dass die im Vorstoss enthaltenen Forderungen vollumfänglich erfüllt worden sind.

Die 1990 eingereichte FBP-Motion ersuchte die Regierung um «Erlas eines Motorfahrzeugsteuergesetzes auf dem Grundsatz des Verursacherprinzips». Dieser Aspekt spielte bei der Beratung am Mittwoch vormittag eine wichtige Rolle, nachdem die Regierung den Übergang von der bisher geltenden Hubraum-Besteuerung auf die Gewichtsteuer als einen Schritt in die geforderte Richtung bezeichnet hatte. Der Landtag war sich uneinig über die Vorlage: Einerseits sollte die Gesetzesvorlage endlich über die Bühne gebracht werden, weil die erste Behandlung im Parlament bereits im Jahre 1988 erfolgte. Andererseits konnten sich viele Abgeordnete nicht mit dem Systemwechsel anfreunden, weil der Übergang auf die Gewichtsteuer nur in Ansätzen mit dem Verursacherprinzip in Übereinstimmung gebracht werden kann. Bevor sich der Landtag im Detail mit der abgeänderten Regierungsvorlage



Gestern trat der Landtag nach einer längeren Sommerpause zu einer Arbeitssitzung zusammen. Als erstes Traktandum nahmen die Parlamentarier das Gesetz über die Motorfahrzeugsteuer in Angriff. (Bild: Beat Schurte)

beschäftigte, entspann sich eine grundsätzliche Diskussion wie anlässlich der Eintretensdebatte im Jahre 1988. Der FBP-Abgeordnete Werner Ospelt sprach sich gegen die Vorlage aus, weil die Regierung nach seiner Auffassung mehr den Zweck verfolge, höhere Einnahmen aus der Motorfahrzeugsteuer zu erzielen, als eine «gerechte Motorfahrzeugsteuer»

vorzuschlagen. Nach seiner Meinung liegt der Schlüssel in einer stärkeren Besteuerung des Treibstoffes, doch lasse sich dies aufgrund des Zollvertrages nur mit der Schweiz zusammen verwirklichen.

Obwohl der Systemwechsel auf die Gewichtbesteuerung letztlich mit knapper Mehrheit gutgeheissen wurde, konn-

te sich der Landtag nur schwer mit dieser Änderung anfreunden. Während die einen Abgeordneten die Korrelation zwischen Hubraum-Stärke und Gewicht in Frage stellten, erachteten andere den Systemwechsel als nicht zielführend: Der FBP-Abgeordnete Rudolf Lampert meinte, eine Systemänderung mache nur Sinn, wenn eine Reduktion des Individualverkehrs erfolge, für den Vertreter der Freien Liste, Paul Vogt, bringt die Umstellung zuwenig Anreize für das Umsteigen auf den Öffentlichen Verkehr.

Ein Antrag des FBP-Abgeordneten Rudolf Lampert auf Rückkehr zur Besteuerung nach dem Hubraum erreichte keine Mehrheit, doch bei der Festlegung der Detailsätze für die Besteuerung nach dem Gewicht ergab sich ebenfalls keine Zustimmung, womit sich der Landtag ins Abseits manövrierte. Eine Wiederholung der Abstimmung erbrachte dann 16 Stimmen, so dass die Vorlage weiter beraten werden konnte. Nach diesem peinlichen Intermezzo folgte der Landtag der Vorlage der Regierung mit einer Ausnahme: Die Regierung hatte vorgeschlagen, die im Gesetz vorgeschriebenen Steuern mit Verordnung der Teuerung anpassen zu können. Der Landtag stellte sich jedoch auf den Standpunkt, dass die Festlegung der Steuern eine Angelegenheit des Parlaments, nicht der Regierung sei. Der diesbezügliche Gesetzesartikel wurde ersatzlos gestrichen.

Schweiz: Bundespersonal kämpft gegen Lohnopfer

Arbeitszeitverkürzung als beschäftigungspolitische Waffe gepriesen – Delegiertenversammlung in Bern

Bern (AP) Das Bundespersonal kämpft gegen Stellenabbau und Lohnopfer. Die Arbeitsplätze sollen mit einer Arbeitszeitverkürzung erhalten werden. Lohnopfer zur Sanierung der Bundesfinanzen lehnt der Personalverband der Bundesverwaltung (PBV) ab, wie seine Vertreter an der Delegiertenversammlung am Mittwoch in Bern klarmachten.

150 Delegierte von 29 Verbandesektionen kamen gemäss Angaben des PBV am Mittwoch zur zweitägigen Delegiertenversammlung; sie vertreten 16000 Mitglieder. «Wir kämpfen sozusagen an allen Fronten und setzen uns dafür ein, dass wenigstens das früher in harter und langjähriger Arbeit Erreichte einigermaßen erhalten bleibt», umschrieb PBV-Generalsekretär Fritz Schmutz die Verbandsarbeit. Brennpunkte sind die Revision des Beamtengesetzes, die Stellenreduktionen in der Bundesverwaltung, bei SBB und PTT, die Reorganisation der

PTT und das Lohnopfer der Beamten zur Sanierung der Bundesfinanzen. Dieses Lohnopfer von eins bis drei Prozent für Magistratspersonen und Chefbeamte lehnt der Verband ab. Denn PBV und Föderativverband befürchten, dass das Parlament das Lohnopfer noch vergrössert. Falsch ist es aus Sicht des PBV, einzelne Beamtenspezialisten auseinanderzudividieren. Der Verband geht gemäss Schmutz davon aus, dass der Bund auch in den kommenden Jahren den ersten Platz unter den Arbeitsplatzvernichtern in der Schweiz einnehmen wird. Die massiven Stellenreduktionen seien unbedingt sozialverträglich abzuwickeln, verlangte Schmutz. Insgesamt stellte er dem Bund als Arbeitgeber ein gutes Zeugnis aus. Der Druck sei sehr gross, aber die Verhältnisse seien insgesamt noch ein wenig besser als in der Privatwirtschaft. Dies gelte auch für die Zusammenarbeit der Sozialpartner.

Weniger verständlich äusserte sich der Generalsekretär der PTT-Union und Vertreter des Föderativverbandes, Hans Ueli Ruchti. Der Arbeitgeber Bund habe rasch und hart auf die Rezession reagiert. Er baue weiter rücksichtslos und sozial verantwortungslos Personal ab. Beschäftigungspolitisch hat für den Föderativverband die Verkürzung der Arbeitszeit Priorität.

Eine Einigung mit dem Eidgenössischen Personalamt (EPA) wurde gemäss den Ausführungen von Ruchti und dem «Personalchef» des Bundes, EPA-Direktor Peter Hablützel, noch nicht erzielt.

Das Personalamt schlägt laut Hablützel vor, die Arbeitszeit beim Bund auf Mitte 1995 um eine Stunde zu reduzieren. Selbstverständlich müsse diese Massnahme auch zur Entlastung des Bundeshaushaltes beitragen, sagte Hablützel und bat die Delegierten um Unterstützung.

Bellini Collection

vitra.
THONY
FL-9494 Schaan
Schuhstrasse 16
Tel. 075/2324222
office

huber

VADUZ • STÄDTLE 34 • RATHAUSPLATZ
LECH A. ARLBERG • AMBROSIOUSPASS